

Deutschlands Wähler haben die Bundesregierung bei der Europawahl brutal abgestraft. Bekennen SPD, Grüne und FDP jetzt eigene Fehler? Kaum!

Viele Bürger fühlen sich mit ihren Anliegen offenbar nicht ernst genommen, fragen sich:

Ist es denn zu viel verlangt, dass unsere Anliegen gehört werden? Aber könnte die Ampel wirklich so einfach ihren Kurs korrigieren?

BILD macht den Bürger-Check!

Ist es denn zu viel verlangt, das Asylrecht bis Ende des Jahres auszusetzen?

... etwa, um Luft zu holen und diese Zeit für die Ausarbeitung eines Migrationsplans zu nutzen, der Deutschland nicht weiter überfordert?

► „Nein“, sagt Staatsrechtler und Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz (87, CDU). „Das ist NICHT zu viel verlangt!“

ANZEIGE

Scholz zu BILD: „Der Staat darf verfassungsrechtlich sogar verfügen, dass für eine bestimmte Zeit gar keine Asylbewerber mehr aufgenommen werden, wenn er eine Überforderung feststellt.“ **Die sei längst gegeben!**

► Scholz weiter: **„Ein Asylanspruch ist laut Dublin-Regeln und Asylparagraf 16a Grundgesetz nicht gegeben, wenn ein Asylbewerber aus einem sicheren Drittstaat einreist. Das müsste die Ampel nur anwenden, diese Migranten zurückweisen. Vor allem durch Grenzkontrollen.“**

Der Staatsrechtler klipp und klar: „Der Bürger hat ein Recht darauf, dass auch die Ampel-Regierung endlich geltendes Recht voll einhält, um Schaden von Deutschland abzuwenden. Er kann vom Staat erwarten, dass dieser den illegalen Zuzug ins Land unterbindet.“



Rupert Scholz (87, CDU, Staatsrechtler und Ex-Bundesverteidigungsminister)

Foto: Stefanie Herbst

LESEN SIE AUCH

Neuwahlen in Frankreich nach dem Europawahl-Debakel für Macron. Und in Deutschland?

Die Botschaft der EU-Wahl für Scholz, Habeck und Lindner ist eindeutig.

Ist es denn zu viel verlangt, dass mein Kind in der Schule richtig Rechnen und Schreiben lernt?

... und zwar korrektes Deutsch und keine Gendersprache?

Lehrerverbands-Chef Stefan Düll (59): „Das ist eindeutig NICHT zu viel verlangt! Der Staat muss garantieren, dass Kinder in der Schule die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Und zudem die Regeln des sozialen Miteinanders. Sonst stünde sogar die Schulpflicht infrage.“

„Und was das Gendern angeht“, so Düll weiter: „Es gilt die deutsche Rechtschreibung. Gender-Schreibweisen dürfen thematisiert werden. Hierbei gilt aber: Schule ist kein Ort der Indoktrination. Gendern darf nicht beworben, die Grammatik muss korrekt erklärt werden.“

Ist es denn zu viel verlangt, dass Arbeit wirklich mehr lohnt als Bürgergeld und nicht nur ein bisschen?

„Dass man mit Arbeit mehr Einkommen erzielt als ohne, ist nun wirklich nicht zu viel verlangt!“, sagt Ökonom Bernd Raffelhüschen (66, Uni Freiburg) zu BILD.

Problem: **Gerade Familien stehen mit Bürgergeld oft besser da.**

Raffelhüschen: „Wer jetzt noch schwarz hinzuverdient, hat im Ergebnis deutlich mehr als im Falle einer regulären Arbeit.“

Der Professor: „**Die Ampel hat mit dem Bürgergeld ein leistungsloses Einkommen geschaffen, das keinerlei Anreize bietet, wieder eine Arbeit aufzunehmen. Es ist verwunderlich, dass so viele Leute überhaupt noch arbeiten. Viele Bürger empfinden diesen Zustand als sehr ungerecht.**“

Ökonom Bernd Raffelhüschen (66): „Es ist verwunderlich, dass so viele Leute überhaupt noch arbeiten“

Foto: imago images/Metodi Popow

Ist es denn zu viel verlangt, dass man in Sicherheit leben möchte?

... also ohne Messerangriffe und Gruppenvergewaltigungen von Teenagern? Dass sich Bund und Länder gemeinsam und Hand in Hand um eine wirksame **Bekämpfung der Kriminalität kümmern?**

Staatsrechtler Scholz: „Der Staat ist in seiner Gesamtheit verpflichtet zu einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung. Der Rechtsstaat gibt dem Bürger ein Recht auf größtmöglichen Schutz vor Kriminalität. Dass die Zahl der Messerangriffe und Gruppenvergewaltigten sich gerade durch Einwanderer vervielfacht hat, ist unerträglich und verpflichtet den Staat endlich zu wirksamen Gegenmaßnahmen.“ Etwa: „**Begrenzung des Zuzugs und wirksame Abschiebungen**“.

Ist es denn zu viel verlangt, dass mein Steuergeld nicht für Radwege in Peru draufgeht?

... sondern für die Digitalisierung in Deutschland investiert wird?

Die Antwort überrascht! Verfassungsrechtler Josef Franz Lindner (57, Uni Augsburg) zu BILD: „Verfassungsrechtlich ist das tatsächlich zu viel verlangt. Denn Steuern sind in Deutschland nicht zweckgebunden.“

Heißt: „Wofür Steuergeld ausgegeben wird, entscheidet die Politik.“ Aber: „Die muss sich dafür vor dem Wähler verantworten. Den Deutschen steht es frei, ihre Regierung abzuwählen“, sagt Lindner.

Ist es denn zu viel verlangt, dass die Regierung mir nicht mein Auto, meine Heizung und mein Essen vorschreibt?

Staatsrechtler Scholz: „Nein! Wenn zum Beispiel Herr Özdemir mir vorschreiben will, **wie viel Fleisch ich essen darf, fasse ich mir an den**

Kopf, so absurd ist das. Was ich esse, geht den Staat nichts an. Und beim Heizungsgesetz hat selbst Habeck zugegeben, dass es ein Fehler war. Auch das sogenannte Verbrenner-Aus ist unverhältnismäßig und deshalb nicht zulässig!

.....
Anmerkung:

Nein es wird sich wohl kaum etwas ändern, solange diese Regierung am Ball ist! Solch eine schlechte Regierung geht in die Geschichte der BRD ein, also Lob der Regierung, einmalig in der BRD, die es so geschafft hat. Mit Kanzler Scholz und deren Minister, eine Schulnote wird hier nicht gegeben, warum auch?